

TEXT PODCAST

22. Juni 2012

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

Energiewende für Verbraucher gestalten

Effizient, gerecht und transparent muss die Energiewende sein, damit noch mehr Verbraucher sie akzeptieren. Doch was ist zu tun, um die Kosten der Energiewende im Rahmen zu halten und sie gerecht auf alle Beteiligten zu verteilen?

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/9754.htm>

O-Töne von

- Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

Die Energiewende ist nicht nur eine technische und wirtschaftliche Herausforderung, sie wirft auch viele Fragen auf, die Verbraucher betreffen. Wie so oft, geht es in erster Linie ums Geld. Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif, doch sie darf auch nicht zum Sündenbock für steigende Strompreise werden, so Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands:

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:33 Min)

Da wird behauptet, an den Strompreissteigerungen der letzten zehn Jahre sei schon die Energiewende schuld, daran sei schon schuld, dass Photovoltaik gefördert wird oder die Stromerzeugung aus Biomasse. Das ist nicht so. Hier sollte sich insbesondere die FDP mal ansehen, was in der Vergangenheit die Ursachen für Strompreissteigerungen waren, und die betrogen in den letzten zehn Jahren über vierzig Prozent für die Haushalte. Aber wahr ist auch: Wir werden weitere Strompreissteigerungen bekommen, und die haben dann mit der Energiewende zu tun.

Für jede Kilowattstunde Strom muss der Verbraucher einen kleinen Extrabetrag bezahlen. Das ist die so genannte EEG-Umlage, mit der Erneuerbare Energien vom Verbraucher subventioniert werden. Allein die Preissteigerungen durch Netzentgelte und die EEG-Umlage könnten sich in den nächsten beiden Jahren auf bis zu 6 Cent pro Kilowattstunde summieren. Für einen Vierpersonenhaushalt kann das bedeuten, dass in den nächsten zwei Jahren die jährliche Stromrechnung um 240 Euro teurer wird, schätzt Gerd Billen:

O-Ton 2 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0: 25 Min)

Mein Vorschlag ist: Die EEG-Umlage wird auf dem jetzigen Stand gedeckelt. Das sind ungefähr 3,5 Cent. Und das was die Regierung ausgeben will, für Off-Shore Windparks, für Solarenergie und für andere Dinge, das soll sie aus dem Bundeshaushalt bezahlen, denn im Bundeshaushalt ist es so, dass jeder Bürger entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungskraft Steuern zahlen muss. Das ist beim Strom anders.

Denn vielfach sind gerade diejenigen von dieser Umlage befreit, die besonders viel Strom verbrauchen, nämlich Unternehmen mit energieintensiver Produktion. Dies birgt die Gefahr, dass die Belastungen der Energiewende einseitig verteilt sind:

O-Ton 3 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:14 Min)
Die Energiewende wird im Wesentlichen von den Verbrauchern und den privaten Haushalten bezahlt. Und sie wird überproportional von denen bezahlt, die viel Strom verbrauchen, egal wie viel Geld sie haben. Und das ist eben die soziale Ungerechtigkeit.

Auch Menschen mit geringem Einkommen müssen den Strom noch bezahlen können, so Billen weiter. Nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen werden pro Jahr etwa 600.000 Stromsperrungen ausgesprochen, weil Geringverdiener und Bezieher von Sozialleistungen überfordert seien:

O-Ton 4 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:38 Min)
In dem Regelsatz für Hartz IV sind ungefähr Stromanteile von 29 Euro pro Person vorgesehen. Bei den heutigen Marktpreisen sind wir schon bei 39 Euro. Das heißt, hier fehlen schon zehn Euro. Das heißt, es ist dringend erforderlich, dass die Politik sich mit dem Thema beschäftigt, wie kann man dafür sorgen, dass auch Leute mit geringem Geld in Zukunft Strom haben und Strom bezahlen können. Das ist eine Frage, die viel mit Sozialpolitik zu tun hat. Sie hat aber auch damit zu tun, dass man dafür sorgt, dass die Kosten für die Energiewende in Deutschland fair verteilt werden. Das ist heute nicht der Fall.

Weiterhin kritisiert der Verbraucherzentrale Bundesverband, dass die Verbraucher zu wenig Unterstützung finden, wenn es darum geht, Energie zu sparen. So müsse zum Beispiel die Energiekennzeichnung für Haushaltsgeräte verbessert werden. Auch konnten sich Bund und Länder bislang nicht auf die Höhe einer steuerlichen Unterstützung für Gebäudesanierungsmaßnahmen einigen. Zudem fordert Gerd Billen auch eine andere Tarifstruktur für den Verbrauch von Strom:

O-Ton 5 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:18 Min)
Stromtarife, die zum Sparen anreizen, wo vielleicht die ersten 500 Kilowattstunden günstiger sind als die nächsten 500 Kilowattstunden für einen Ein- oder Zweipersonenhaushalt. Bisher wird vor allem mit dem Verkauf von Strom Geld verdient, aber es gibt wenig Anreize zum Stromsparen.

Nicht nur der Verbraucherzentrale Bundesverband unterstützt die Energiewende, auch die große Mehrheit der Bevölkerung steht trotz aller Schwierigkeiten hinter diesem Vorhaben. Das zeigen Umfragen und Rückmeldungen an die Verbraucherzentralen:

O-Ton 6 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:13 Min)
Umso wichtiger ist es jetzt, dass die Politik die Signale versteht und auf Stromsparen, auf Preisdämpfung im Strombereich und auf Energieeffizienz für Verbraucher in Zukunft stärker setzt.

ENDE

Autor: Erich Wittenberg – ew@wittenbergmedia.de

wittenberg
meDia 